

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dr. Cornelia Sonntag
MdB zur Hilf- und Rat-
losigkeit der FDP:
Wirrwarr beherrscht die
Szene.

Seite 1

Dr. Dieter Spörl MdL
und **Ulrich Maurar** MdL
zur Notwendigkeit, in
Baden-Württemberg
die politische Stagna-
tion zu überwinden und
die Zukunftsfragen an-
zupacken: Unser Ziel
ist eine Reform-Koali-
tion.

Seite 2

Dr. Konstanze Wegner
MdB zum gebotenen
Umgang mit der Politik-
verdrossenheit: Das ei-
gene Handeln kritisch
hinterfragen.

Seite 4

47. Jahrgang / 82

29. April 1992

Wirrwarr beherrscht die Szene Zur Hilf- und Ratlosigkeit der FDP

Von Dr. Cornelia Sonntag MdB
Pressesprecherin der SPD

Man hätte denken sollen, daß der Rücktritt eines populären und dienst erfahrenen Außenministers vom Schlage eines Hans-Dietrich Genscher mit Ruhe, Gelassenheit und einem Konzept für die Nachfolge vollzogen würde. Es gab ja keinen überstürzten Anlaß, sondern die offenbar vor Monaten bereits getroffene Entscheidung Genschers, sich nach genau 18 Jahren an der Spitze des Auswärtigen Amtes zurückzuziehen.

Und dann: Vorgänge, die man nur noch mit Begriffen wie "Chaos", "Satyrspiel", "aberwitzig", "kopf- und ziellos" bezeichnen kann.

Die FDP ist ganz offenbar außer Kontrolle, Wirrwarr beherrscht die Szene. Erst scheint die Personalentscheidung für Irgard Schwaetzer als neue Außenministerin so klar und unumstößlich, daß nicht nur die nationale, sondern auch die internationale Öffentlichkeit darüber breit informiert wird. Am Tag später ist dann alles umgestoßen. Die Akteure betauern vor Kameras und Mikrofonen, dies sei eben in einer lebendigen Demokratie möglich und üblich: daß Parteivorstand und Bundestagsfraktion ein im Präsidium entstandenes Votum umstoßen. Wohl gemerkt: nichts gegen Fähigkeit und Willen innerhalb der Partei und der Fraktion der Liberalen, mal wider den Stachel zu locken und der Spitze zu sagen, daß man mit ihnen zu rechnen hat. Auffällig, ja nahezu einmalig ist, daß Graf Lambsdorff und den anderen Präsidiumsmitgliedern ganz offenkundig die Sensibilität dafür verloren gegangen war, wie Parlamentarier-Riege und Vorstand ihrer Partei eine derartige Personalentscheidung aufnehmen würden. Und das ist schon ein alarmierendes Signal für den Zustand einer Partei.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veröffentlichte Inhalte
mit verantwortl. Rufnummern
#rechtig-Papier



Hinzu kommt die personelle Auszehrung, die sich in den Regierungsparteien insgesamt manifestiert. Sie führt zu jenem hektischen Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel, das uns die Liberalen innerhalb der vergangenen anderthalb Tage dargeboten haben. Sowas bietet spannende Momente für die Medien, ist freilich wenig dazu angetan, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Qualitäten der handelnden Politik und ihrer Akteure zu stärken. Schließlich geht es nicht um beliebige Posten, die man untereinander je nach Gutdünken und Machtstreben hin und her schleben könnte. Es geht schließlich bei so wichtigen Ressorts wie der Außenpolitik und der Justiz um programmatische und politische Grundlagen und Positionen, für die Personen stehen. Das macht die Vorgänge so bedrückend. Das Gerangel bei der FDP, die permanenten Nackenschläge aus der CSU - das alles schadet dem Ansehen der Parteien insgesamt.

Man könnte das Schmierenstück noch als vorübergehende Turbulenz abhaken, die ein kundiges Management vielleicht doch noch in wenigen Tagen bewältigen und beruhigen wird. Aber es sieht danach nicht aus. Denn die Plan- und Hilflosigkeit geht ja einher mit der Unfähigkeit, die großen Probleme zu bewältigen, auf deren Lösung die Menschen so dringend warten. CDU/CSU und FDP aber versagen bei der Bewältigung der finanz- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten bei der Gestaltung der sozialen Einheit Deutschlands, in wichtigen Fragen sind sie seit Monaten zerstritten. Asylrecht, Paragraph 218 und die Pflegeversicherung sind dafür nur einige Beispiele.

Nicht zuletzt aber sind das Tauziehen um die Kabinettsumbildung und der Dauerstreit um wichtige Gesetzesvorhaben Beleg für den Autoritätsverfall des Kanzlers. Er agiert nicht mehr, sondern reagiert nur noch. Er bestimmt nicht mehr, sondern wird herumgestoßen. Die Taifahrt des Helmut Kohl ist in vollem Gange.

(-/29. April 1992/rs/ks)

Unser Ziel ist eine Reform-Koalition

Zur Notwendigkeit, in Baden-Württemberg die politische Stagnation zu überwinden und die Zukunftsfragen anzupacken

Von Dr. Dieter Spörl MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg und
Ulrich Maurer MdL
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
SPD-Landesvorsitzender

Ausgehend von den Ergebnissen der Sondierungen mit der CDU haben SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Koalition von CDU und SPD in Baden-Württemberg beschlossen. Ziel dieser Verhandlungen muß die Bildung einer 'Reformkoalition' sein, die die politische Stagnation in landespolitischen Schlüsselfragen überwindet.

Die Sondierungsgespräche haben gezeigt, daß trotz tiefgreifender Meinungsunterschiede in einzelnen Sachfragen eine Koalition von SPD und CDU das Land in zentralen Zukunftsfragen entscheidend voranbringen und jahrelang liegengebliebene Probleme lösen kann.

Auf der Basis des Mannheimer Programms der SPD nennen wir folgende Beispiele:

- Völlig neue politische Prioritäten im Rahmen eines Kassensturzes, der den Bürgern die dramatische Situation der Landesfinanzen verdeutlicht und der mit einer haushaltspolitisch verantwortbaren, investitionsfreundlichen sowie sozial gerechten Konzeption zur Steuer- und Abgabepolitik verknüpft werden muß.
- Die umfassende Sicherung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg und seiner Arbeitsplätze durch Abbau der großen Defizite im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, im Bereich des Sondermülls, im Bereich der steuerlichen Rahmenbedingungen und durch neue Ansätze in der Technologie und Industriepolitik.
- Entscheidende Fortschritte auf dem Weg Baden-Württembergs zur ökologischen Modellregion in Europa.
- Ein wirksames Reformkonzept zum Wohnungsbau, das die Wohnungsnot in Baden-Württemberg für die Wohnungssuchenden spürbar bekämpft.
- Ein wirksames rechtsstaatliches und humanes Konzept in der Zuwanderungspolitik.
- Entscheidende Fortschritte in der Frauenpolitik, insbesondere bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch bessere Angebote bei der Ganztagsbetreuung von Kindern.
- Notwendige Reformimpulse zur Verbesserung der gefährdeten inneren Sicherheit.
- Einen positiven Beitrag Baden-Württembergs über den Bundesrat zur Schaffung der Pflegeversicherung.
- Eine Verwaltungsreform, die den Staat dezentraler, effektiver und bürgernah organisiert: Nicht jeder Antrag muß so lang bearbeitet werden wie bisher.
- Eine Erneuerung der demokratischen Kultur.

Die Verhandlungen zur Bildung einer Koalition werden sehr schwierig sein, weil die SPD auf präziser Klärung aller Fragen besteht, bei denen große Meinungsunterschiede sichtbar sind. Dies gilt insbesondere für die unterschiedlichen Ansätze in der Zuwanderungspolitik, der Inneren Sicherheit, der Schulpolitik und der Pflegeversicherung. Auch in diesen schwierigen Punkten muß entschieden werden.

Es geht der SPD um ein landespolitisches Reformkonzept, das ausgehend von unserem Mannheimer Programm die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg und seiner Arbeitsplätze mit einer Politik konsequenter ökologischer Erneuerung, sozialer Gerechtigkeit und finanzieller Ehrlichkeit verbindet. Davon ausgehend wissen wir, daß eine Koalition mit der CDU Kompromißfähigkeit voraussetzt; Kompromisse und eine Koalition um jeden Preis aber wird es mit der SPD nicht geben: Sozialdemokratische Handschrift muß in der Koalitionsvereinbarung erkennbar sein.

Die von der SPD angestrebte Reformkoalition muß ernsthaft auf die volle Legislaturperiode angelegt, aber auch auf diese Amtszeit begrenzt sein: Eine solche Koalition wäre ein Ausnahmefall, sie wird deshalb von Anbeginn verständlicherweise sehr kritisch begleitet werden. Sie muß

Ihren Beitrag dazu leisten, daß schon zu Beginn der Legislaturperiode die Oppositionsrechte voll gesichert werden. Sie kann sich politisch nur durch überzeugende Ergebnisse legitimieren.

Nur wenn diese Koalition zu einem überzeugenden Zukunftsprojekt für Baden-Württemberg wird und bundesweit durch besondere Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit hervorsticht, kann sie aus einer schwierigen landespolitischen Situation heraus den wachsenden rechtsradikalen Rand unseres Parteiensystems zurückdrängen. Nur so ist sie staatspolitisch zu rechtfertigen.

Eine große Koalition des Durchzählens mit Minimalkompromissen durch die zahlreichen ungelösten Probleme, die viele Menschen zu Protest- und Nichtwählen gemacht haben, wird es mit der SPD nicht geben.

Obwohl die bevorstehenden Verhandlungen äußerst schwierig sein werden, sollte schon der politische Prozeß zur Bildung einer "Großen Reformkoalition" Handlungsfähigkeit signalisieren und innerhalb der vorgesehenen Frist bis zur Bildung einer neuen Landesregierung abgeschlossen sein: Die Menschen dürfen in einer ernsten landespolitischen Situation nicht weiter verunsichert werden.

(-/29. April 1992/rs/ks)

Das eigene Handeln kritisch hinterfragen **Zum gebotenen Umgang mit der Politikverdrossenheit**

Von Dr. Konstanze Wegner MdB

Die derzeit grassierende Politikverdrossenheit äußert sich auf mannigfache Weise: im Schelten auf Politiker und Parteien, in niedriger Wahlbeteiligung und im Einzug radikaler Parteien in die Parlamente. Die Ursachen dieser Politikverdrossenheit sind gewiß komplexer Art, sie werden von der Politik- und Sozialwissenschaft noch genau analysiert werden. Aber selbst aus nicht wissenschaftlich fundierter Sicht, sondern aufgrund einfacher, während der Wahlkämpfe gemachter Beobachtungen ergeben sich drei Bereiche, in denen Selbstkritik und Überprüfung des eigenen Handelns angebracht wären: bei den Parteien, bei den Medien und bei den Wählern.

1. Parteien

Politische Probleme existieren derzeit in jeglicher Größenordnung, aber die Menschen sprechen den Parteien in zunehmendem Maße die Kompetenz ab, diese Probleme auch zu lösen oder zumindestens Teillösungen zu erreichen. Am Beispiel der Landtagswahlen in Baden-Württemberg läßt sich das illustrieren. Asyl- und Finanzpolitik - also im wesentlichen bundespolitische Fragen - waren dort die beherrschenden Themen.

Bei der Asylthematik, die von der CDU vor der Wahl bewußt hochgespielt worden war, ging die CDU mit ihrem simplifizierenden Rezept, wonach man nur den Artikel 16 des Grundgesetzes

ändern müsse, um das Problem vom Tisch zu haben, ihren Stammwählern nicht weit genug. Aber auch die Sozialdemokraten konnten ihre differenzierte Sicht (Bekämpfung der Fluchtursachen, Schaffung eines europäischen Flüchtlingsrechts, Einwanderungsgesetz et cetera) den Wählern nicht ausreichend vermitteln. Zudem gelang es den Parteien nicht einmal im Vorfeld, sich bei einem Teilaspekt des Problems, der Beschleunigung der Verfahren, zu einigen. Bei den Wählern entstand lediglich der Eindruck eines monatelangen, fruchtlosen Parteilengzänks, wobei die Parteien sich noch den Vorwurf zuzogen, einem in rechtsstaatlicher Hinsicht problematischen Gesetzentwurf zugestimmt zu haben.

Ähnlich unbefriedigend stellt sich derzeit die Auseinandersetzung um die Finanzpolitik dar. Die Öffentlichkeit beginnt allmählich zu begreifen, daß die Bundesregierung den Haushalt nicht mehr im Griff hat, daß die Verschuldung abenteuerliche Ausmaße annimmt, die auch zu Lasten künftiger Generationen gehen wird, und daß angesichts der immensen Zinsbelastung jeglicher politischer Handlungsspielraum verloren zu gehen droht.

Dieser Autoritätsverlust der Regierungsparteien auf dem Gebiet der Finanzpolitik setzt sich aber nicht in positive Erwartungen an Kompetenz der Sozialdemokraten auf diesem Feld um. Die Appelle aller Parteien zum Sparen und Umschichten klingen den Menschen hohl. Den Koalitionsparteien fällt beim Sparen immer nur gebetsmühlartig das Thema Sozialabbau ein, die SPD bietet als Einsparpotential seit Jahren den Jäger 90 und die Kürzung des Verteidigungshaushalts an. Dieses Einsparpotential ist jedoch nicht unerschöpflich und kann vor allem nicht gleichzeitig mehrfach ausgegeben werden. Beim Subventionsabbau, den im Grunde alle Parteien fordern, kommt es zu keiner Einigung, weil jede Partei dabei ihre eigene Klientel von Kürzungen ausnehmen will.

Die Bevölkerung sieht bei den Parteien aber nicht nur mangelnde Lösungskompetenz, sondern auch mangelnde Glaubwürdigkeit. Das liegt zum Teil an gebrochenen Wahlversprechungen wie sie die Steuerpolitik der Bundesregierung vor und nach der letzten Bundestagswahl kennzeichnete. Dazu gehören aber auch überzogene gegenseitige Verdächtigungen und Beschimpfungen von Parteien während eines Wahlkampfes, häufig gerade derjenigen Parteien, die letztlich doch darauf angewiesen sind, nach der Wahl in bestimmtem Umfang wieder zusammenzuarbeiten. Wenn die großen Parteien sich im baden-württembergischen Landtagwahlkampf gegenseitig Fälschung, Korruption und totale Unfähigkeit vorgeworfen haben, ist es für den Wähler wenig überzeugend, wenn diese anscheinend so tief zerstrittenen Parteien sich anschließend zur großen Koalition zusammenschließen. Generell gilt: Etwas weniger Übertreibung bei der tagespolitischen Auseinandersetzung erleichtert mögliche künftige Zusammenarbeit.

2. Medien

Auch die Medien tragen zur Politikverdrossenheit bei. Wenn sich zum Beispiel die SPD-Bundestagsfraktion in stundenlangen Debatten um eine gemeinsame Linie in bestimmten Fragen bemüht - sei es in der Deutschland-, Asyl- oder Steuerpolitik - und diese Linie anschließend auch findet, so berichtet die Presse in der Regel nicht über diesen mühsam erarbeiteten Konsens, sondern stattdessen über die abweichenden Meinungen einiger Spitzengenosser und -genössinnen. So entsteht der Eindruck, bei der SPD handele es sich um einen undisziplinierten Haufen ohne erkennbare politische Linie.

Berichterstattungen über die zweifellos überzogene Selbstbedienung einiger Parlamente bei der Diätenfestsetzung oder der Fernsehblick auf das spärlich besetzte Plenum des Bundestags erwecken den Eindruck, Parlamentarier drückten sich vor den Sitzungen, läsen höchstens Zeitung und hätten nur ein Ziel dauernd und unverrückbar vor den Augen: die Erhöhung ihrer Diäten. Weshalb zeigt das Fernsehen nicht einmal im Langen Eugen die Anschlagstafeln mit den zahllosen Terminen für Fraktions-, Arbeitsgruppen-, Ausschuß- und Enquetesitzungen, die alle Abgeordneten in der Woche absolvieren müssen, weil dort die eigentliche parlamentarische Arbeit geleistet wird? Das bereits aus der Kaiserzeit stammende Klischee vom faulen, parasitären Volksvertreter wird so weiter tradiert und damit die Politikverdrossenheit gesteigert.

3. Wähler

Aber auch die Wähler, die mündigen Bürgerinnen und Bürger, sind gefordert. Das wichtigste Mitwirkungsrecht in der Demokratie ist das Wahlrecht. Wer es nicht wahrnimmt, verwirkt den Anspruch auf Kritik.

Die Politik wird immer unübersichtlicher und komplizierter; einfache, ganzheitliche Problemlösungen werden immer seltener erreicht. Es wäre eine dringliche Aufgabe der Medien, aber auch der politischen Bildung und Erziehung, der Bevölkerung die Ursachen dieser Entwicklung deutlich zu machen und dafür in bestimmtem Umfang um Verständnis zu werben. Parallel zur politischen Themenvielfalt und Themenkomplexität wächst das Bedürfnis der Menschen, in der Politik überzeugende politische Konzepte beziehungsweise klare Alternativen zu erkennen. Die radikalen Parteien entsprechen mit ihren griffigen, vermeintlich schlüssigen Parolen dieser Sehnsucht, darauf beruht ihr Erfolg.

Die Wahlerfolge radikaler Gruppierungen, die durchweg schreckliche Vereinfacher sind, werden nur dann kurzfristig sein, wenn die Parteien, die Medien und die Wähler ihre eigenen Maßstäbe und ihr eigenes Handeln kritisch überdenken und gemeinsam versuchen, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Sie tragen alle Verantwortung für die Demokratie, aber sie werden dieser Verantwortung zur Zeit nicht hinreichend gerecht.

(-/29. April 1992/rs/ks)
